

027. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages, 03.02.2016

Rede von MdL Falk Neubert zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Pressefreiheit im Freistaat Sachsen schützen, die Freiheit der Berichterstattung nicht preisgeben: Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten sind Angriffe auf Grundrechte und müssen unterbunden werden!“ ([Drucksache 6/1120](#))

- Auszug aus dem stenografischen Protokoll -

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sind zwei Punkte, die mich vor dem Schlusswort noch einmal ans Mikrofon treten lassen. Das eine sind zwei Zumutungen von Frau Petry, die ich gern zurückweisen möchte. Sie sagen hier, dass der Antrag zu kurz greift und Ursache und Wirkung durcheinander bringt. Wir reden hier über Gewalt gegen Journalisten. Wenn man das umdreht, was Ihren Worten zugrunde liegt, würden Sie hiermit unterstellen, dass Journalisten als Erste diese Gewalt ausüben. Das weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Die zweite Zumutung von Ihrer Seite ist, dass Sie um eine Akzeptanz in der Betrachtung von Medien, um eine Akzeptanz von Pegida & Co. werben, dass diese Demonstranten in der Art gegen Journalisten vorgehen.

(Dr. Frauke Petry, AfD: Akzeptanz von Meinungsfreiheit - das muss man vielleicht genau überlegen!)

Das Zweite ist: Herr Ulbig, Sie hatten zu Recht dargestellt, dass kein Personenschutz im klassischen Sinne während einer solchen Demonstration möglich ist. Der Punkt ist allerdings, dass wir derzeit tatsächlich in einer anderen Situation sind. Bisher hatten wir eine Situation - so beschreiben Journalisten -, dass sie bei Veranstaltungen geduldet waren und maximal als störend empfunden wurden. Heute aber erleben sie, dass sie als Feinde begriffen werden. Das hat natürlich ganz andere Qualitäten innerhalb der Aggression, die sich gegenüber den Journalisten entlädt.

Wir haben im MDR die Debatte - bei einer Anhörung im Bundestag hat der Chefredakteur neulich dazu Stellung bezogen -, dass Journalisten nur noch freiwillig in diese Demonstrationen gehen und dass der Sender keine Anweisungen macht. Journalisten gehen nicht mehr mit gelabelten Autos, auf denen „MDR“ steht, dorthin, sondern mit neutralen Autos. Journalisten trauen sich nicht, Anzeigen zu stellen, wenn sie angegriffen werden, weil sie Angst um ihre Familien haben.

(Staatsminister Markus Ulbig: Das darf nicht sein!)

Das sind Dinge, die nicht sein dürfen - Sie sagen es -, bei denen wir im demokratischen Rechtsstaat kapitulieren. Das ist der Punkt. Wir versuchen mit unserem Antrag darauf hinzuweisen, die Diskussion zu führen und eine freie, unabhängige Berichterstattung, eine Berichterstattung, die frei von solchen Einflüssen ist, zu ermöglichen. Es ist mir wichtig, das noch einmal zu erwähnen.

(Beifall bei den LINKEN)

Schlusswort

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen zum Schlusswort.

Der Antrag, der Ihnen vorliegt, besteht aus drei Punkten, einmal ist das eine Analyse der Situation – aus unserer Sicht eine wichtige Grundlage, um über dieses Thema debattieren zu können, auf der einen Seite natürlich hier im Plenum, auf der anderen Seite ist es ja nicht unbenommen auch in geschlossenen Räumen, wo man die Diskussion noch vertiefen kann. Das eine schließt das andere nicht aus.

Das zweite Thema ist, welche Maßnahmen ergriffen wurden. Das dritte Thema wurde in der Debatte nicht ganz so in den Vordergrund gestellt, was man nämlich in Zukunft unternehmen könnte und sollte, um eine Berichterstattung in der Form, wie sie hier diskutiert wurde, in Zukunft zu ermöglichen, eine Berichterstattung, die nicht solchen äußeren Einwirkungen unterliegt.

Das sind die drei Punkte, die wir hier beschließen könnten. Es ist, Herr Lippmann, nicht nur ein kleiner, sondern ein wichtiger Schritt aus unserer Sicht. Wir haben aber nie behauptet, dass das alles ist. Deswegen bitte ich hier um Zustimmung für unsere Fraktion und würde gerne abschließend mit einem Zitat des Bundesvorsitzenden des Deutschen Journalistenverbandes enden: „Die nichtabreißende Serie von Gewalt gegen Journalisten unterstreicht die Notwendigkeit eines besseren Schutzes“. Dass die Polizei die Journalisten nicht schützen kann, würde ich nicht behaupten. Fakt ist: Sie schützt die Kollegen nicht.

Abschließend aus der gemeinsamen Erklärung des Deutschen Journalistenverbandes des MDR und des Sächsischen Zeitungsverlegerverbandes: „Wer Journalisten angreift und verletzt, muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden. Die DJV-Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, der Sächsische Zeitungsverlegerverband und der Mitteldeutsche Rundfunk erwarten von den Innenministerien und den Polizeiorganen, dass sie Angriffe auf Journalisten unterbinden“. Wer die Meinungs- und Pressefreiheit derart beschädigt, greift die Demokratie insgesamt an, sehr geehrte Damen und Herren. Ich glaube, dass wir uns in dieser Frage einig sind. Daher bitte ich noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)